

# Politik in Europa zwischen Nationalstaaten und Europäischer Union

*Timm Beichelt*

## 1 Einleitung

Das Studium der europäischen Politik, d.h. im Wesentlichen der politischen Prozesse in der Europäischen Union (EU) sowie deren Wechselwirkungen mit benachbarten Staaten und Regionen, ist innerhalb der Politikwissenschaft nicht eindeutig verortet. An den meisten europäischen, auf jeden Fall an den deutschen Universitäten, wurde der europäischen Politik noch vor wenigen Jahren nicht in institutionalisierter Form Aufmerksamkeit geschenkt. Europäische Politik wurde zunächst im Rahmen einer Subdisziplin der Politikwissenschaft, den Internationalen Beziehungen, untersucht. Das lag in erster Linie daran, dass der europäische Integrationsprozess in den ersten Jahrzehnten zwar erstaunliche Ergebnisse bei der Überwindung alter Feindschaften zwischen den europäischen Staaten brachte, in globaler Perspektive jedoch lediglich als ein Sonderfall regionaler Integrationsbündnisse galt. Als solcher wurde die Europäische Gemeinschaft (EG) und sogar noch die EU (seit 1991/92) behandelt (List u.a. 1995: 84). In der EG hatten die Nationalstaaten zwar in außergewöhnlichem Umfang Souveränitätsrechte an die Zentren der Integration in Brüssel (Ministerrat, Kommission), Luxemburg (Europäischer Gerichtshof EuGH) und Straßburg (Europäisches Parlament) abgegeben. Im Prinzip handelte es sich bei der EG jedoch um eine internationale Organisation wie viele andere.

Aber nach Jahren der "Eurosklrose" in den 1970er- und der ersten Hälfte der 1980er-Jahre beschleunigte und vertiefte sich die Integration mit dem Amtsantritt der EU-Kommission unter dem Franzosen Jacques Delors und der Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA, 1986) sowie den Verträgen von Maastricht (1991), Amsterdam (1997) und Nizza (2000) zusehends - die Einrichtung der Wirtschafts- und Währungsunion mit der Einführung des Euro und die Etablierung des Schengen-Raumes sind nur zwei unter mehreren Beispielen.

Zeitgleich vollzog sich in der EG/EU-Forschung ein Wandel. Der Untersuchungsgegenstand "europäische Integration" vergrößerte sich stetig, sowohl hinsichtlich der betroffenen Länder in West-, Süd- und Nordeuropa als auch hinsichtlich der betroffenen Politikbereiche. Gleichzeitig wurde die EU-Forschung immer wichtiger. Dies bedeutete jedoch auch, dass die politikwissen-

schaftliche Verankerung im Bereich der Internationalen Politik nach und nach aufgebrochen werden musste. Zwar verfügen die Nationalstaaten der EU nach wie vor über den Status völkerrechtlich eigenständiger Subjekte. Insofern hat die Behandlung der EU im Paradigma der Internationalen Politik durchaus ihren Sinn, zumal sich die Außen- und Sicherheitspolitik der EU trotz aller Schwächen weiter fortentwickelt. Durch die fortschreitende Vertiefung wurde und wird jedoch die Substanz der Politik in den Nationalstaaten deutlich tangiert. Bereits Mitte der 1980er-Jahre äußerte Jacques Delors, etwa 80% der wirtschaftspolitischen Gesetzgebung in den Mitgliedsstaaten werde durch Brüssel maßgeblich beeinflusst (Hölscheidt 2001: 56). Obwohl diese Schätzung quantitativ kaum zu verifizieren ist, hat sich die Bedeutung der europäischen Ebene für die nationale Politik seither noch einmal deutlich verstärkt. Zunehmend öffnet sich daher die Subdisziplin der Vergleichenden Regierungslehre der europäischen Ebene (Schmidt 2002); bisweilen wird sie sogar als der am besten geeignete Ansatz zum Verständnis der EU-Politik angesehen (Hix 1994).

Entlang dieser Entwicklungslinie werden in diesem Text zunächst die "traditionellen" Ansätze der EU-Forschung vorgestellt (Abschnitt 2), bevor die vergleichende Sichtweise auf die EU als "politisches System" (Abschnitt 3) behandelt wird. Abgeschlossen wird der Text dann durch einen Ausblick auf Herausforderungen an die EU-Forschung (Abschnitt 4), die sich für die Politikwissenschaft im Rahmen der Europa-Studien ergeben.

## **2 Die Paradigmen der EU-Integrationsforschung**

Der Begriff der Integration wurde im 19. Jahrhundert durch Soziologen wie Auguste Comte, Herbert Spencer und Émile Durkheim in die Sozialwissenschaft eingeführt. Besonders Spencer und Durkheim verbanden Integration mit evolutionärer gesellschaftlicher Differenzierung in Modernisierungsprozessen. Bis heute wird der Integrationsbegriff deshalb oft funktionalistisch gebraucht. Wie viele andere Theoretiker der 1940er- bis 1960er-Jahre ließ der in den USA lehrende Politikwissenschaftler Karl Deutsch eine solche funktionale Logik in die frühe EG/EU-Forschung einfließen. Er sah soziale Kommunikation (*social communication*) als wichtigste Triebfeder für die mit Arbeitsteilung und der Teilautonomisierung der Gesellschaft gegenüber staatlicher Herrschaft verbundene nationale Integration vormals disparater Regionen und Bevölkerungen (Deutsch 1953; Deutsch 1992) und übertrug diesen Ansatz des "Trans-Aktionalismus" auch auf die europäische Ebene. Eine der einflussreichsten Theorieschulen jener Zeit hieß sogar (Neo)funktionalismus: Die Überwindung des Krieges in Europa sollte mit der Implementierung gemeinsamer Aufgabenbereiche und Institutio-

nen geleistet werden, aus denen weitere Integrationsschritte fast zwangsläufig erwartet wurden (siehe unten).

Durch diese funktionalistische Grundierung bekam der Integrationsbegriff eine nur teils beabsichtigte normative Färbung. Nach zwei katastrophalen Weltkriegen erschien politische Integration für die Bewahrung des Friedens ohne Alternative. Die überlegene Effizienz des integrierten Systems wurde angesichts der global abnehmenden Steuerungsfähigkeit der Nationalstaaten fraglos angenommen. Politische Konflikte, die innerhalb Europas mit der steigenden Integration zwangsläufig zunehmen mussten, wurden als Schauläufe aus einer früheren, überwunden geglaubten Zeit interpretiert. Der ehemalige deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl wurde beispielsweise nie müde, eine Rückkehr zu "machtpolitischen Rivalitäten" bei den politischen Auseinandersetzungen in Europa anzuprangern (so z.B. bei seiner europapolitischen Regierungserklärung am 25.9.1992, vgl. Plessen 2003: 354). Mit anderen Worten: Der Prozess und der Gehalt der europäischen Integration wurden über lange Jahre im Hinblick auf ihre Zwangsläufigkeit, ihre Regulierungs- und Steuerungsfähigkeit und ihre harmonisierende Wirkung idealisiert.

Eine wichtige Entwicklung der EU-Forschung in den letzten Jahren ist die meist implizite partielle Zurückweisung dieser Idealisierung. Das hat v.a. mit der Entglorifizierung der europäischen Integration durch den Übergang ins *business as usual* zu tun, für die die Ablehnungen der EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden im Frühsommer 2005 stehen. Während die früheren Ansätze der EU-Integrationsforschung sich mit einer prospektiven westeuropäischen Friedensarchitektur beschäftigten, gibt es seit 1989/91 kein rechtes Negativmodell mehr, gegen das sich grundsätzliche Befürworter des Integrationsprozesses abgrenzen müssten. Folglich können die funktionalen Defizite der Integration - die relative Bürgerferne, die Hyperkomplexität, die schwache Effizienz - als das angesehen werden, was sie letztlich sind: potenzielle Gefahren für die Stabilität des gesamten Gebildes.

Das Verblässen des normativen Anstrichs spiegelt sich auch in der Auswahl der im Folgenden diskutierten Ansätze der EU-Forschung wider. Nicht mehr die Meinungsverschiedenheiten zwischen "Realisten" und "Idealisten", und erst recht nicht der Gegensatz zwischen Föderalisten und Funktionalisten prägen heute die wissenschaftliche Debatte. Während in der politischen Öffentlichkeit vielleicht stärker als in den letzten Jahren über das Ziel - EU-Verfassung? - und über die Grenzen - EU-Beitritt der Türkei? - diskutiert wird, sind in der Wissenschaft nüchterne, d.h. deskriptiv-analytisch orientierte Ansätze *en vogue*.

### 2.1 Theoretische und theorieähnliche Ansätze der EU-Integrationsforschung

Parallel zur Dynamik der europäischen Integration können drei Phasen der Theoriebildung der EU-Integrationsforschung unterschieden werden.

(1) Die frühen Theoretiker der europäischen Integration wurden von der Frage umgetrieben, wie Krieg vermieden werden konnte. Aus heutiger Sicht hatten dabei vor allem idealistische Entwürfe eine bleibende Wirkung. Als idealistisch galten Entwürfe, die auf die Überwindung des Kriegs durch überstaatliche Zusammenschlüsse setzten - nicht zuletzt in der Tradition Kants, der in seinem Entwurf "Zum Ewigen Frieden" (Kant 1984) einen "Föderalismus" bzw. einen "Friedensbund" der europäischen Staaten forderte. Idealistisch war zweifellos David Mitrany's Konzept des Funktionalismus, in dem "internationale Agenturen" für die technokratische Bearbeitung ökonomischer und sozialer Probleme zuständig sein sollten (Mitrany 1943). Und auch die andere der heute noch referierten Strömungen aus jener Zeit, die des europäischen Föderalismus, setzte auf Institutionenbildung. Im Gegensatz zum Funktionalismus wurde allerdings nicht nach Agenturen, sondern auf viel höherem Niveau nach einer europäischen Verfassung gerufen (z.B. Spinelli 1972 (1957)).

Dem Idealismus gegenüber stand die realistische Schule. In ihr sind in der Nachkriegszeit Entwürfe zur Vermeidung eines erneuten Krieges in einer globalen Perspektive entstanden. Der Kalte Krieg mit der Truman-Doktrin des *containment*, der Eindämmung des Kommunismus am Ende der 1940er-Jahre, war keineswegs auf Europa beschränkt. Allerdings nahm das geteilte Europa auch nicht den Rang einer Region unter vielen ein, sondern es enthielt die wichtigste Bruchlinie zwischen den Blöcken in Ost und West. Die wichtigste Einheit realistischen Denkens war seit dem 19. Jahrhundert, als das Gleichgewichtsdenken im Hinblick auf die großen Mächte Europas die internationale Politik dominierte, der Staat (Morgenthau 1948). In der Frühphase des Kalten Krieges hatten aber einzelne Staaten an Gewicht verloren; für die Frage von Krieg und Frieden waren mit den USA und der Sowjetunion nur noch zwei von ihnen wirklich von Relevanz. Mit dem Nordatlantikpakt (NATO) und später auch der EG/EU entwickelten sich "Sicherheitsgemeinschaften" (Deutsch 1992), innerhalb derer in Westeuropa (plus Nordamerika) ein Krieg tatsächlich wenig wahrscheinlich erschien.

(2) Die nächste Etappe der Integrationsforschung widmete sich der Frage, wie der andauernde Integrationsprozess in Westeuropa begründet werden könne. Allein die Art der Fragestellung weist darauf hin, dass sich in dieser Phase fast alles um die Stellung des Nationalstaats im institutionellen Tableau drehte. Der Realismus hatte sich auf das Grundaxiom der Verfolgung eigennütziger Interessen durch Staaten in einem anarchischen internationalen System gestützt. Was sich in der EG an zwischenstaatlicher Kooperation entwickelt hatte, sah aber gar nicht so sehr nach Anarchie aus. Vielmehr hatten die beteiligten Staaten wenig-

tens in manchen Bereichen ganz freiwillig auf ihre Souveränität verzichtet. Als Reaktion entwickelte sich aus dem Realismus der Neorealismus, nach dem auch durch ein anarchisches System Ordnung produziert werden kann. In dieser Ordnung ist allerdings die Kooperation zwischen den Staaten immer von deren Willen zum Überleben dominiert. In einer sich internationalisierenden Wirtschaft und unter der Drohung des Ost-West-Konflikts kann es dem Überleben der einzelnen Nationalstaaten durchaus förderlich sein, in einzelnen Bereichen die Ressourcen zusammenzulegen (Waltz 1979). Vertreter des Neorealismus vertraten jedoch die Meinung, der Prozess der europäischen Integration bleibe unter der Kontrolle nationaler Regierungen, die immer nur so viel Souveränität abzugeben bereit seien, wie es ihrem Interessenkalkül entspreche (Moravcsik 1991).

Trotz seiner allgemein dominierenden Stellung in der Lehre der Internationalen Politik befand sich realistisches Denken zu jener Zeit eher in der Defensiv-Position, was den europäischen Einigungsprozess anging. Der aus dem "naiven" Funktionalismus entwickelte Neofunktionalismus hatte die Erklärungshoheit inne (Haas 1968; Lindberg/Scheingold 1970), was allerdings zum Teil darauf zurückzuführen ist, dass der Ansatz im nachhinein und allein im Hinblick auf den europäischen Einigungsprozess entwickelt wurde. Dem Neorealismus war es dagegen darum gegangen, seine vom Anspruch her allgemeingültigen Theoreme auch über den Sonderfall der europäischen Integration hinweg zu retten.

Die Kernaussage des Neofunktionalismus bestand darin, dass von einer institutionellen Integration in einigen Wirtschaftssektoren funktionale Zwänge zur Integration in benachbarten Sektoren ausgehen, die im Laufe der Zeit zu einer Verschiebung der "Loyalitäten, Erwartungen und politischen Aktivitäten auf ein neues Zentrum" führen (Haas 1968: 16). Der wichtigste Beleg hierfür bestand nach neofunktionalistischer Auffassung in der Entwicklung von der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) im Jahre 1951 über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG, 1957/58) für alle Industriegüter zur Gründung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) im Jahr 1962. Eine ungebrochene Fortsetzung dieses Trends hätte wohl tatsächlich das realistische Denken nachhaltig erschüttert, denn sie hätte eine Ablösung nationalstaatlicher Machtpolitik durch eine supranationale Konsenspolitik bedeutet. Allerdings ging es bei der Integration nicht mit gleichem Tempo weiter, so dass die französische Politik des leeren Stuhls - es ging gerade um die Bewahrung nationaler Entscheidungsfreiräume in der GAP - und die wenige Jahre später diagnostizierte "Eurosklerose" auch den Integrationsenthusiasmus der Neofunktionalisten dämpften. Die Ausführungen verdeutlichen auch, warum der Neofunktionalismus kaum als Theorie im engeren Sinne gesehen werden kann: Nicht nur stützte sich der Ansatz auf nur einen Fall, sondern vor allem waren seine normativen Vorstellungen

über Wünschbares nicht hinreichend von den deskriptiv-analytischen Bestandteilen getrennt.

Zeitlich etwas später, aber bezogen auf den Anspruch der Erklärung des Integrationsprozesses wenigstens teilweise auf einer Ebene mit dem Neorealismus und dem Neofunktionalismus, widmete sich die metatheoretische Schule des Konstruktivismus der europäischen Integration. Im Konstruktivismus wird davon ausgegangen, dass Ideen die materielle Welt in entscheidendem Maße mitbeeinflussen. Entsprechend fragt der Zweig des Sozialkonstruktivismus nach dem Charakter sozialer Realität (Ruggie 1998) und misst hier den in sozialen Erfahrungen erworbenen Grundeinstellungen große Bedeutung bei. Die wachsende soziale Interaktion in Europa hat demnach Konsequenzen für die Sichtweise der nationalen Regierungen auf die Internationale Politik und der Bevölkerungen auf den Europäisierungsprozess: Da die soziale Realität wenigstens in Westeuropa durch die europäische Einigung geprägt war, stützen und beeinflussen Ideen, Meinungen und Einstellungen der Europäer eben jenen Integrationsprozess in vielleicht entscheidender Weise (vgl. Christiansen/Jørgensen/Wiener 2001).

(3) Im Laufe der Jahre wurde die Frage immer wichtiger, wie denn nun die EG/EU funktioniert. In den Verträgen von Paris (1951) und Rom (1957), der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA, 1986) sowie den Verträgen von Maastricht (1991), Amsterdam (1997) und Nizza (2000) wurden jeweils Kompetenzbereiche auf die europäische Ebene verschoben und europäische Institutionen entweder neu geschaffen oder in ihrer Position gestärkt. Konnte man in den 1970er Jahren vielleicht von Eurosklерose sprechen, so sind seit der EEA kein einziges Mal mehr als sechs Jahre ohne - kleinere oder größere - Vertiefungen des europäischen Integrationsprozesses vergangen. Die Frage, warum es zu diesen Integrationsschritten kommen konnte, blieb dadurch zwar weiter aktuell. Angesichts der wachsenden Relevanz der europäischen Ebene wuchs allerdings der Bedarf an Wissen und Erklärungsmomenten für den Charakter der Politik in Europa, d.h. in den Institutionen in Brüssel, Straßburg und Luxemburg sowie in den Nationalstaaten. In der dritten, bis heute anhaltenden Phase der Theorieentwicklung rund um die europäische Integration setzen sich die Wissenschaftler also mit der Frage auseinander, wie die EU funktioniert. Dabei gibt es eine sehr große Anzahl von Ansätzen mit vielen Verästelungen; sie können hier aus Platzgründen nicht erschöpfend dargestellt werden (v.a. Rosamond 2000; Kohler-Koch/Conzelmann/Knodt 2004). Ich beschränke mich auf die wichtigen Ansätze: a) *Multi-Level-Governance*, b) Neo-Institutionalismus und c) *Consociationalism*.

a) Der Ansatz der *Multi-Level-Governance* (bisweilen MLG abgekürzt) behandelt die EU als "Mehrebenensystem". Ausgangspunkt ist hier die Existenz überlappender Kompetenzen auf verschiedenen Ebenen des Regierungssystems. Wichtig sind damit sowohl die Brüsseler Institutionen als auch die Regierungen,

die aber jeweils bei weitem nicht die einzigen Akteure darstellen. Vielmehr wird das EU-System gerade in seiner Vielschichtigkeit analysiert, die z.B. in der Strukturpolitik ganz andere Akteure an den zentralen Stellen sieht als in der Außen-, Sicherheits- oder Währungspolitik. Durch die Komplexität, die im EU-System durch unterschiedliche Regeln für viele Politikfelder entsteht, orientiert sich der Mehrebenen-Ansatz nicht so stark an einigen wenigen Institutionen, wie es die Vergleichende Regierungslehre im Hinblick auf Nationalstaaten tut. Viel häufiger geht es um die Analyse von Netzwerken, die Akteure auf den verschiedenen Ebenen und in verschiedenen regionalen Zentren untereinander geknüpft haben. Durch diese Netzwerke wird zwar auch politische Herrschaft ausgeübt, aber die Herrschaft bündelt sich nicht in einer Regierung im eigentlichen Sinne des Wortes. *Governance* wird daher mitunter auch ganz einfach als "Regieren ohne Regierung" übersetzt (Rosenau/Czempiel 1992).

b) Der Neo-Institutionalismus wird häufig in drei Untertypen geteilt, wobei das einigende Band die Aussage ist: *Institutions matter*. Institutionen üben demnach auf die Gestalt politischer Ergebnisse entscheidenden Einfluss aus (Rosamond 2000: 113). Unterteilt werden neo-institutionalistische Ansätze in eine historische, eine dem *rational choice* (RC) verhaftete und eine soziologische Sparte. Der historische Institutionalismus sieht die Verteilung von Macht durch institutionelle Arrangements weitgehend vorbestimmt. Über bestehende institutionelle Konfigurationen entstehen "Pfadabhängigkeiten", d.h. die historische Genese von Institutionen verkleinert die Bandbreite solcher Aktionen, die mit dem bestehenden institutionellen Setting kompatibel sind, und somit den Spielraum politischen Handelns stetig (Bulmer 1994). Der institutionelle RC-Ansatz, der am prominentesten von Douglass North (1992) vertreten wird, sieht Institutionen vor allem als Handlungskorridore für politische Akteure. Die politischen Akteure sind - analog zu Wirtschaftssubjekten in der wirtschaftswissenschaftlichen Neoklassik - grundsätzlich interessenorientiert, können ihre Interessen aber wegen der institutionellen Beschränkungen nicht ohne weiteres maximieren. Die Vertreter des soziologischen Institutionalismus schließlich nehmen einen anderen Fokus ein, indem sie nach dem Ursprung institutioneller Formen und Praktiken in den sie umgebenden Kulturen fragen - also Institutionen von unabhängigen zu abhängigen Variablen machen. Darin sind sie den weiter oben skizzierten Konstruktivisten nicht unähnlich.

Alle drei Formen des Neo-Institutionalismus müssen als Fortsätze allgemeinerer Theoriediskussionen gesehen werden, die im Kontext der EU-Forschung überwiegend von einem Revisionsanspruch leben: Die juristisch dominierte EU-Forschung hat die historische Seite sowie den kulturellen Kontext der europäischen Institutionen außer Acht gelassen, die Neoklassik legt einen unbeschränkt handlungsfähigen Akteur zugrunde. Aus der Formulierung der genannten Ge-

genpositionen folgt aber auch, dass die Untertypen des Neo-Institutionalismus von sehr unterschiedlichen Voraussetzungen ausgehen und daher insgesamt einen wenig kohärenten Typus bilden.

c) Auch das von dem niederländisch-amerikanischen Politikwissenschaftler Arend Lijphart entwickelte Konzept des *Consociationalism* wurde zunächst nicht im Hinblick auf den europäischen Integrationsprozess entwickelt. Der Begriff ist nicht nur schwer auszusprechen, sondern auch schwer zu übersetzen, und wird deshalb meist in seiner englischen Form in die deutsche Fachsprache übernommen. Er wird definiert als "Typus einer Demokratie (...) mit ausgeprägter Spaltung in religiöse, ethnische oder regionale Segmente (...), in der a) große Koalitionen herrschen und b) die Gesellschaftssegmente über ausgeprägte Autonomie verfügen" (Schmidt 1995: 196-197). Ursprünglich erklärte Lijphart die Stabilität und Leistungsfähigkeit der Niederlande durch das Vorhandensein des *Consociationalism* - das Konzept eignet sich jedoch auch in besonderer Weise für die Beurteilung des EU-Institutionensystems.

Die Grundbestandteile des niederländischen Modells, das sich durch Entscheidungsfindung auf der Basis von Kompromiss und Konsens auszeichnet, finden sich auch in der EU. Während nämlich z.B. in der politischen Öffentlichkeit häufig über das fragmentierte, wenig übersichtliche und schwerfällige Entscheidungssystem geklagt wird, heben Lijphart und andere (z.B. Chrysochoou 2001) die Vorzüge dieses Modells hervor. Die kulturelle Fragmentierung der EU müsse nun einmal überbrückt werden, und das gehe nicht durch die dauerhafte Bevorzugung oder Benachteiligung einzelner Segmente der europäischen Gesellschaft(en). Im Gegenteil könne der Konsenszwang sogar zu einer Stärkung der kollektiven Identität und zu einem von allen akzeptierten Verhältnis von Zentrum und Peripherie führen. Die Kehrseite des konsensuellen Politikverständnisses kann dann allerdings die partielle Immobilität des Entscheidungssystems sein.

## 2.2 Die Europa-Strategien der EU-Mitglieder: Europäische Einigung als Ziel

Die bisher skizzierten Ansätze gehen von einer Vielzahl von Fragen aus, deren Erkenntnisinteresse in erster Linie ein theoretisches war und ist. Jenseits der theoretischen Fragestellungen lässt sich europäische Integration jedoch grundsätzlich nach zwei Perspektiven ordnen. Zum einen kann Integration als Prozess verstanden werden, in dem Nationalstaaten Souveränität abgeben und dadurch - unterschiedliche - Europa-Strategien verfolgen. Die Ergebnisse des Integrationsprozesses lassen sich dann vorrangig auf der EU-Ebene besichtigen. Die entsprechende Sichtweise wird häufig "*Bottom-up*-Perspektive" genannt (siehe z.B.



Börzel 2003: 2). Der Charakter der Integration ergibt sich demzufolge aus dem Zusammenspiel der auf die EU einwirkenden Kräfte, zu denen nicht nur die Nationalstaaten, sondern auch externe Akteure (z.B. in der Sicherheitspolitik die NATO), sowie bestimmte Akteure oder Institutionen auf der EU-Ebene selbst gehören.

Umgekehrt bedeutet dies, dass die Integrationsperspektive notwendigerweise mit Veränderungsprozessen auf der EU-Ebene verknüpft ist. Besonders in den beiden letzten Jahrzehnten, als eine Vertragsrevision die nächste jagte, war die Rede von der Integration beim Blick auf das Gesamte sicherlich berechtigt. Dennoch bestehen innerhalb der EU, z.B. mit der Agrarpolitik oder der Strukturpolitik, Bereiche, in denen die Grunddeterminanten seit langem ähnlich geblieben sind. Konflikte über den Umfang der hier zu verteilenden Mittel unterscheiden sich wenig von Verteilungskonflikten in Nationalstaaten. Deshalb verwenden Autoren auch zunehmend den Begriff und das Konzept des politischen Systems (Easton 1965), um politische Prozesse in diesen EU-Politikfeldern zu untersuchen. Das Paradigma der Integration ist dann überholt, ebenso wie bei der Bildung von Nationalstaaten nur noch im Rückblick von Integration gesprochen wird.

In der Substanz der Wirkungsrichtungen von den Nationalstaaten in Richtung EU-Ebene lassen sich zwei idealtypische nationalstaatliche Europa-Strategien identifizieren. Dabei handelt es sich um eine "souveränitätsorientierte" und eine "integrationistische" Europa-Strategie. Dem einen oder dem anderen Modell hat sich die auf die EU gerichtete Politik der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten meist, wenigstens über bestimmte Phasen hinweg, mehr oder weniger deutlich zugeneigt (Beichelt 2004, Kap. 2). Unter Europa-Strategien werden die von den Nationalstaaten auf die europäische Ebene ausgehenden Impulse verstanden, die im Hinblick auf die Bereitschaft von Bevölkerung, Parteien und Institutionen zur Souveränitätsaufgabe bzw. deren Wahrung gruppiert werden. Souveränitätsorientiert ist eine Europa-Strategie, wenn nationale Politiker in einer Vielzahl von Politikfeldern und bei anstehenden institutionellen Reformen für eine möglichst umfangreiche Beibehaltung nationaler Souveränitätsrechte plädieren und diese Rechte auch real verteidigen. Die Gegenstrategie beläuft sich auf die tendenzielle Bereitschaft, Souveränitätsrechte in einer integrierten oder integrationistischen Politikformulierung und -durchführung aufgehen zu lassen.

Das vielleicht klarste Abbild der souveränitätsorientierten Europa-Strategie lässt sich bei dem ehemaligen französischen Präsidenten Charles de Gaulle finden (vgl. de Gaulle 2001). Bei ihm ging es um die Verwirklichung der gemeinsamen europäischen Interessen im Rahmen starker Nationalstaaten, um ein "Europa der Nationen". Ausdruck dieses Politikverständnisses war die "Politik des

leeren Stuhls" im Winter 1965/66, also die französische Blockade des Ministerrates, weil im Agrarministerrat die Einführung supranationaler Entscheidungsregeln drohte. Dabei setzte sich Frankreich gegen die Interessen der übrigen Mitgliedsstaaten durch und erreichte, dass fortan bei der Erklärung "vitaler nationaler Interessen" jeder Staat ein Vetorecht behalten würde (vgl. Prate 1993: 209). Nachdem de Gaulle im Jahre 1968 von der politischen Bühne abgetreten war, änderte sich mit den eher integrationistisch eingestellten Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing (1974-1981) und François Mitterrand (1981-1995) die französische Europa-Strategie deutlich. Nach seinem Beitritt 1973 übernahm jedoch Großbritannien, und zwar im Großen und Ganzen unabhängig von der politischen Ausrichtung der gerade im Amt befindlichen Regierung, die Rolle des Bewahrs nationalstaatlicher Souveränität in der EG (vgl. Hübner/Münch 1998).

Es gibt aber auch Länder, deren Regierungen sich ohne Vorhandensein dieser Besonderheit des konkurrenzdemokratischen Modells in der Geschichte der EG/EU regelmäßig eher souveränitätsorientiert als integrationistisch verhalten haben. Die griechische Politik etwa war/ist in der Türkeifrage, in der Handelspolitik, bei der Einheitlichen Europäischen Akte, bei der Entwicklung des Binnenmarktes sowie bei den Balkankonflikten nach 1992 durch integrations-skeptisches Handeln geprägt (Markou/Nakos/Zahariadis 2001). Auch die dänische und schwedische Politik ist wenigstens in einigen Sektoren als souveränitätsorientiert einzustufen. Beide Länder nehmen nicht an der Wirtschafts- und Währungsunion, einer der tragenden Säulen der EU nach dem Maastrichter Vertrag, teil. Dänemark hat die Abstinenz von der Währungsunion in Folge des gescheiterten Maastricht-Referendums im Juni 1992 außerdem sogar in einem Zusatzprotokoll zum Vertrag festlegen lassen, in dem auch weitere Ausnahmen von den Integrationsanforderungen der Union formuliert werden (Rasmussen/Hoekkerup 2000). Auch beim schwedischen Fall wird - z.B. in der Außen- und Sicherheitspolitik, der Sozial-, Umwelt- und Frauenpolitik - eine Distanz zu immer weiteren Integrations-schritten diagnostiziert (Anderson 2001).

Im Gegensatz zur souveränitätsorientierten steht die integrationistische Haltung in historischer Perspektive für die aktive Unterstützung von Vertiefungsschritten der EG/EU, insbesondere seit dem Integrationsschub durch die EEA 1986 und die späteren Regierungskonferenzen und Vertragsrevisionen. Im Hinblick auf die tägliche Europapolitik bedeutet eine integrationistische Ausrichtung den Hang zum Kompromiss, das Bemühen um Nichteskalation von Konflikten und eine Stützung der Gemeinschaftsinstitutionen Kommission und Parlament. Wie auch bei der ersten Gruppe lassen sich keine Länder ausmachen, die diesem Idealtyp vollständig entsprechen; Tendenzaussagen sind dennoch möglich. Dabei sieht die vorliegende Literatur zum Beispiel in Belgien und Irland Fälle, in denen

eine integrationistische Politik besonders verbreitet ist (Dardenne 1999; Finnegan 2001). Die Nachteile der Souveränitätsabtretung werden natürlich durchaus diskutiert, sie prägen aber nur in Ausnahmefällen - die Ablehnung des Nizza-Vertrags durch die irische Bevölkerung war einer davon - die öffentliche Debatte und die allgemeine Richtung der Politik.

Sicherlich ist die integrationistische Ausrichtung kleiner oder mittelgroßer Länder kein Zufall. Auch Finnland oder Luxemburg sind eher dem integrationistischen Lager zuzuordnen. Bei Frankreich und Deutschland, dem langjährigen "Tandem" der europäischen Integration, ist dagegen trotz allgemein integrationsfreundlich geprägter Rhetorik Vorsicht geboten. Zuletzt haben beide Länder zwar bei der Stärkung von EU-Institutionen in der Verfassungsgebung und bei der Betonung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik erneut integrationistische Positionen eingenommen (siehe z.B. Chirac/Schröder 2003). Auf der anderen Seite verfügen diese großen EU-Mitgliedsstaaten jedoch auch über die Machtressourcen, EU-politische Fragen in ihrem Sinne durchzusetzen. So besteht Deutschland seit Jahren auf der Aufrechterhaltung seiner Standards in der Asylpolitik. Auch haben beide Länder keine Probleme damit, den von ihnen selbst geforderten und durchgesetzten Stabilitätspakt in der Wirtschafts- und Währungspolitik zu unterlaufen und gezielt Konflikte mit der Kommission und anderen Mitgliedsstaaten einzugehen.

Dabei handelt es sich um Positionen, die von kleineren oder mittleren Ländern wohl nur unter der Hinnahme großer Opfer durchzuhalten wären - sie liefen Gefahr, im Ministerrat bei anderen Fragen marginalisiert zu werden. Denn in der EU können die Verhandlungsarenen in den verschiedenen Politikfeldern nicht isoliert voneinander betrachtet werden. Vielmehr ist im Entscheidungssystem der "politische Tausch bei mehrdimensionalen Entscheidungen" (Pappi/Henning 2003: 293) die Regel; d.h. die Positionierung in einem Politikfeld beeinflusst die Stellung in anderen Politikfeldern in maßgeblicher Weise. Länder, die - wie Deutschland, Frankreich oder Großbritannien - über ein hohes Stimmgewicht und über Geberpositionen im EU-Haushalt verfügen und damit potentiell Druckmittel gegenüber Regierungen mit abweichenden Meinungen besitzen, können sich viel eher eine souveränitätsorientierte Europa-Strategie erlauben als Länder, die nicht über die entsprechenden politischen Ressourcen verfügen. Insofern ist es auch wenig verwunderlich, dass die größten Empfängerstaaten des EU-Haushalts, Irland, Portugal und Spanien, im Allgemeinen mit einer integrationsistischen Europa-Strategie in Verbindung gebracht werden.

Wie allerdings an den Beispielen Dänemark und Griechenland gesehen, gilt diese Regel nicht uneingeschränkt. Vielmehr können Aspekte der politischen Kultur sowie innen- und außenpolitische Sondereinflüsse zur Erklärung abweichender Länderpositionen herangezogen werden. Auch wäre es verfehlt, aus dem

Gesagten hinsichtlich Deutschlands und Frankreichs grundsätzlich eine souveränitätsorientierte Europa-Strategie abzuleiten. Allerdings verfügen die Regierungen beider Länder über viel größere Möglichkeiten, die Substanz des integrationsistischen Idealtyps selbst zu bestimmen, und man sollte die Rhetorik des Integrationismus in Beziehung zur Logik der national ausgerichteten Machtpolitik in den großen Mitgliedsstaaten setzen. Noch unklar bleibt in diesem Zusammenhang die Europa-strategische Ausrichtung der zum 1. Mai 2004 beigetretenen Neumitglieder der EU. Eine Analyse aus dem Frühsommer 2004 hat ergeben, dass besonders in der Tschechischen Republik und Polen, aber auch in Estland und Lettland eher Voraussetzungen für eine mittelfristig souveränitätsorientierte Europa-Strategie bestehen (Beichelt 2004: 142). Stimmt diese Diagnose, würden sich künftig in der EU die Gewichte deutlich zugunsten der souveränitätsorientiert auftretenden Regierungen und Länder verschieben.

### 2.3 *Die Europäisierungsperspektive: zur Bedeutung der europäischen Ebene für die Nationalstaaten*

Die Gegenperspektive zum "*Bottom-up-Ansatz*", für den der Begriff der Integration letztlich steht, besteht im "*Top-down-Ansatz*", in dem die Auswirkungen der Integration auf die Nationalstaaten der EU untersucht werden. Die Metapher des Verhältnisses von oben und unten ist dabei der Föderalismus-Forschung entlehnt; "unten" befinden sich die Gliedstaaten einer Föderation, "oben" ist das Zentrum angesiedelt (vgl. z.B. Kilper/Lhotta 1996: 51-56). Das bedeutet aber natürlich nicht, dass der *Top-down-Ansatz* automatisch von einer Konzipierung der EU als föderales System ausgeht. Allerdings werden im Vergleich zum *Bottom-up-Ansatz* die abhängige und die unabhängige Variable ausgetauscht. Während der Integrationsansatz die von den Nationalstaaten ausgehenden Änderungen auf das Zentrum - z.B. die EU-Institutionen, die Loyalitäten der Bürger gegenüber der EU, den Charakter der EU-Politiken etc. - untersucht, kehrt der *Top-down-Ansatz* die Frage um: Welche Auswirkungen haben die europäische Integration bzw. die EU auf politische Prozesse in den einzelnen Nationalstaaten (zuerst Wallace 1972)?

Dabei muss zunächst an die technische Notwendigkeit gedacht werden, den aus Verordnungen, Direktiven, und Entscheidungen bestehenden Korpus des europäischen Rechts auf die nationale Ebene zu übertragen. Insgesamt handelt es sich dabei um ca. 80.000 bedruckte Seiten rechtsrelevanter Vorschriften, den *Acquis Communautaire*. Im Einzelnen sind Verordnungen und Entscheidungen unmittelbar in den Mitgliedsstaaten gültig, Direktiven können von den Nationalstaaten individuell umgesetzt werden. Bei allen drei Akten ist die Kompatibilität

der EU-Entscheidungen mit der nationalstaatlichen Ebene nicht automatisch gegeben; die Fähigkeit zur "Adaption" (Anderson 2000) des Gemeinschaftsregelwerkes variiert mit der institutionellen Ordnung und der Übereinstimmung mit den in den Nationalstaaten vorliegenden Interessen.

Wenn Entscheidungen des EU-Zentrums die Politik in den Nationalstaaten beeinflussen, lässt sich von Europäisierung sprechen. Dabei lassen sich drei Ebenen unterscheiden (McCormick 2001): die Übersetzung von EU-Recht in nationales Recht, die Umsetzung bzw. Implementierung des nationalen Rechts sowie die justizielle Überwachung der Effekte von EU-induzierter Politik. Die Übersetzung in nationales Recht, im EU-Jargon die *compliance* der Mitgliedsstaaten, hat sich in den letzten zehn Jahren stark verbessert. Noch zu Beginn der 1990er-Jahre wurde das Implementationsdefizit als ernstes Problem angesehen (Metcalf 1992). Mittlerweile haben jedoch selbst die in dieser Hinsicht rückständigsten Mitgliedsstaaten - im Jahre 2003 waren das Deutschland, Luxemburg und Griechenland<sup>1</sup> - mehr als 97 Prozent der Richtlinien adaptiert; eine seit einigen Jahren von der Kommission unternommene Offensive zur verstärkten Übernahme von Gemeinschaftsrecht trägt also sichtbar Früchte.

Über die tatsächliche Implementation von Verordnungen und Richtlinien in den Mitgliedsstaaten lassen sich nur sehr schwer allgemeine Aussagen treffen, denn in der EU existiert kein einheitliches Implementierungssystem. Die unterschiedlichen Verwaltungskulturen in den einzelnen Ländern erschweren eine vergleichende Bewertung; Untersuchungen beschränken sich daher häufig auf einzelne Bereiche oder Sektoren. Da Implementierungsprozesse bei den Richtlinien i.d.R. das nationale Parlament durchlaufen müssen, bestehen durchaus Möglichkeiten der Interpretation. Dabei kommt es nicht selten vor, dass die EU-Vorgaben nur offiziell befolgt werden. Für eine Überprüfung verfügt die Kommission wegen ihrer relativ geringen Größe häufig nicht über genügend Ressourcen (Peters 2000: 193). Die justizielle Überwachung durch den EuGH lässt sich demgegenüber leichter quantifizieren, da über die Einleitung von Vertragsverletzungsverfahren eine nach Mitgliedsstaaten differenzierte Statistik geführt wird.<sup>2</sup> Demnach führten im Jahre 2003 Frankreich mit 199 und Italien mit 192 Verfahren die Liste an, Deutschland (154) und Spanien (148) folgten. Eher souveränitätsorientierte Länder wie Großbritannien (99), Schweden (50) oder Dänemark (40) sind mit vergleichsweise wenigen Verfahren vor dem EuGH anhängig.

Europäisierung findet jedoch nicht allein auf der technisch administrativen Ebene statt; vielmehr handelt es sich um einen Prozess, in dem sich Nationalstaa-

---

<sup>1</sup> Siehe [http://europa.eu.int/comm/secretariat\\_general/sgb/droit\\_com/index\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/secretariat_general/sgb/droit_com/index_en.htm), Zugriff am 16.11.2004.

<sup>2</sup> Siehe hierzu [http://europa.eu.int/comm/secretariat\\_general/sgb/droit\\_com/pdf/rapport\\_annuel/annexe2\\_de.pdf](http://europa.eu.int/comm/secretariat_general/sgb/droit_com/pdf/rapport_annuel/annexe2_de.pdf), S. 6-8.

ten, ihre Institutionen und die politischen Kulturen in umfassender Weise durch die Orientierung an der EU-Ebene transformieren. Die einschlägige Literatur behandelt daher unter dem Schlagwort der Europäisierung ganz allgemein den Einfluss der EU auf die politischen Prozesse in den EU-Mitgliedsstaaten (Goetz/Hix 2000; Cowles/Caporaso/Risse 2001; Börzel/Risse 2005). Die wichtigsten Befunde dabei lauten, dass Europäisierung heute zu einem wesentlichen Bestandteil fast aller Aspekte nationaler Politik geworden ist, dass mit der Europäisierung nicht automatisch eine Schwächung der Nationalstaaten einhergeht, und dass das Ausmaß der nationalstaatlichen Anpassungsleistungen nicht allein mit dem Änderungsdruck, sondern auch mit dem Adaptionspotenzial der Nationalstaaten variiert. Besonders der letzte Punkt illustriert die Komplexität des Europäisierungsprozesses als Forschungsfeld. Gesicherte Erkenntnisse lassen sich nur gewinnen, wenn die politischen Systeme der EU sowie der Mitgliedsstaaten gleichermaßen und mit einiger Tiefenschärfe betrachtet werden. Mit der Erweiterung der EU auf 25 Mitglieder ist es sehr schwer geworden, beide Dimensionen angemessen zu berücksichtigen.

In theoretischer Absicht setzt sich insbesondere ein Unterzweig des Sozialkonstruktivismus, der in Abschnitt 2.1 kurz erläutert wurde, mit dem Phänomen der Europäisierung auseinander (Diez 1999; Risse 2001). Diese Autoren arbeiten mit der Hypothese, der Prozess der Europäisierung sei nur bei der Mitbetrachtung der ideellen Ebene zu verstehen. So wie Verwaltungen und Parlamente europäische Impulse aufnehmen und verarbeiten müssen, sehen sich die Individuen und politischen Akteure gezwungen, europäisch und nicht mehr allein regional, nationalstaatlich und global zu denken. Anders gesagt: Mit der institutionellen Europäisierung geht eine Europäisierung der Normen einher. Dadurch entsteht nicht zuletzt eine europäische Identität, die der Verschiebung von Loyalitäten auf das neue Zentrum zusätzlichen Vorschub leistet.

### **3 Das Resultat der Integration: das politische System der EU**

Aus forschungspraktischer Sicht stellt sich nach dem Gesagten neben der Frage nach dem Wesen des europäischen Integrationsprozesses diejenige nach einem Instrumentarium zur Analyse der europäischen Politik. Dabei wurde bereits wenige Jahre nach der Etablierung der ersten Gemeinsamen Politik der Begriff des politischen Systems ins Spiel gebracht (Lindberg/Scheingold 1970). Dieser bezeichnet "die Gesamtheit der politischen Institutionen, der politischen Prozesse und der Inhalte politischer Entscheidungen" (Schmidt 1995: 756). Bei Lindberg und Scheingold bestand das Neue allerdings nicht in der Definition, sondern in

der Sichtweise auf den politischen Entscheidungsraum der seinerzeit sechs Mitglieder als einen einzigen, und nicht sechs verschiedene Systeme. In der vergleichenden Politikwissenschaft impliziert die Verwendung des Systembegriffs das Vorhandensein eines Volkes, das über Forderungen und Erwartungen einen *Input* an die politischen Institutionen formuliert, dem diese - und die in den Institutionen handelnden Akteure - dann entsprechen müssen, um Legitimität und damit Systemstabilität zu erhalten (Easton 1965). Natürlich ist bei weitem nicht ausgemacht, ob im Falle der EU trotz aller Loyalitätsverschiebungen von *einem* Volk gesprochen werden kann. Da das politische Geschehen auf EU-Ebene jedoch jede Menge an *Outputs* hervorbringt, und auf der anderen Seite von mehreren Ebenen *Inputs* an die europäischen Institutionen und Akteure herangetragen werden, ist die Betrachtung der EU als politisches System üblich geworden (Hix 1999; Hartmann 2002).

Demzufolge lässt sich die EU entlang der Phasen des Policy-Zyklus analysieren. Dieser beginnt bei der/n Bevölkerung/en, die Forderungen an die Entscheidungsträger formulieren, die idealtypisch von zivilgesellschaftlichen Gruppen und/oder Interessengruppen artikuliert werden. Die artikulierten Interessen werden u.a. von Parteien aggregiert und zu entscheidungsfähigen Alternativen weiterentwickelt. Zwischen diesen wird dann in den Kerninstitutionen - v.a. in Parlament und Regierung - gewählt, so dass Gesetze, Verordnungen oder andere Rechtsakte entstehen. Werden diese von der Verwaltung implementiert, handelt es sich im systemischen Sinn um ein *Output*, das mehr oder weniger den eingangs des Zyklus geäußerten Forderungen und Erwartungen entspricht. Bestehen zu große Diskrepanzen, ist die Bevölkerung unzufrieden und der Zyklus beginnt von neuem: Eine Rückkopplung hat eingesetzt.

Aus Platzgründen lassen sich nun nicht alle Instanzen des politischen Prozesses ausführlich darstellen; Hinweise auf einige Forschungsergebnisse müssen genügen. Auf der *Input*-Seite werden die Erwartungen und Forderungen der Bevölkerung mit dem Ansatz der "politischen Kultur" erfasst (Almond/Verba 1963). In vielen Nuancen wird hier im Hinblick auf die EU der Kern der Integrationsdefinition von Ernst Haas untersucht, ob sich nämlich Loyalitäten von der nationalen auf die europäische Ebene verschieben oder verschoben haben.

Vor etwa zehn Jahren kam eine einschlägige Studie zu dem Ergebnis, auf der einen Seite seien "die politischen Einstellungen und Werthaltungen der Bürgerinnen und Bürger der EG-Mitgliedsstaaten (...) relativ ähnlich", auf der anderen Seite blieben jedoch "starke nationale Besonderheiten in den Beziehungen der Bevölkerung zur Politik bestehen, die nicht allein aus Unterschieden in der Sozialstruktur resultieren und ihren Niederschlag in unterschiedlichen politischen Verhaltensmustern finden" (Gabriel 1994: 130-131). Die Tendenz hat sich bis heute gehalten: In der EU existiert ein "Vorrang der national definierten Soli-

dargemeinschaft gegenüber der europäischen" (Delhey 2004: 41). Die Einstellungen gegenüber der EU, so zeigt sich damit seit den späten 1960er-Jahren, lassen sich auf den Nenner eines "permissiven Konsensus" (Lindberg/Scheingold 1970) bringen: Die Bürger unterstützen im Großen und Ganzen die europäische Integration, überlassen es aber weitgehend den Eliten, den Charakter und die Substanz des Integrationsprozesses zu bestimmen.

In den letzten Jahren werden allerdings auch einige für die Legitimation der europäischen Akteure und Institutionen problematische Aspekte diskutiert. Zunächst wird in Öffentlichkeit und Wissenschaft ein Demokratiedefizit diagnostiziert. Demzufolge besteht in der EU eine Diskrepanz zwischen den vielfältigen Aufgaben der politischen Institutionen und der Möglichkeit der Bürger, bei der Erfüllung dieser Aufgaben mitzuwirken und so repräsentiert zu sein. Die Bürger sind deshalb bei der Entwicklung ihrer Erwartungshaltungen in hohem Maße auf das *Output* und das *Outcome* des europäischen politischen Prozesses fixiert. Das macht die Unterstützung des Integrationsprozesses und der EU tendenziell instabil - werden die politischen Ergebnisse einmal negativ bewertet, existieren keine legitimen Institutionen, die den Vertrauensverlust auffangen können (vgl. Kielmannsegg 1996; Scharpf 1999). Es gibt allerdings Meinungsverschiedenheiten, was dessen Relevanz angeht. Während die gerade genannten Autoren im Demokratiedefizit wohl ein ernsthaftes, weil potenziell delegitimierendes Phänomen sehen, werden die Auswirkungen des Demokratiedefizits von anderen als "nicht so gravierend wie (...) befürchtet" bewertet (Fuchs 2003: 51, siehe auch Schmidt 2000: 425-430).

Im Bereich der EU-zugewandten Forschung zur politischen Kultur werden viele weitere Probleme diskutiert. Ein guter Eindruck lässt sich mit den überblicksartigen Zusammenstellungen von Einstellungsdaten gewinnen, die im Rahmen des Eurobarometer halbjährlich von der Kommission in Auftrag gegeben werden und in deren Umfeld neben dem reichhaltigen Datenmaterial hunderte von Studien zur politischen Kultur in Europa veröffentlicht wurden.<sup>3</sup>

Die Phasen der Interessenartikulation und -aggregation wurden und werden in der Politikwissenschaft vorrangig im Paradigma nationaler Systeme untersucht. Dort spielt sich die Vermittlung von Interessen teils in der Öffentlichkeit, teils im spärlich beleuchteten Verhandlungsraum von Regierungen, Administrationen und Interessengruppen ab. In Brüssel und den anderen europäischen Entscheidungszentren ist das Element der Politik im Verborgenen noch stärker, weil europäische Medien oder andere Instanzen der europäischen politischen Öffentlichkeit nur schwach entwickelt sind. Dadurch fehlt es an einem wichtigen Instrument, um das Wirken der offiziell 137 bei der Kommission registrierten Inte-

---

<sup>3</sup> Die Daten und Berichte des Eurobarometer finden sich unter [http://europa.eu.int/comm/public\\_opinion/](http://europa.eu.int/comm/public_opinion/).



ressengruppen,<sup>4</sup> der etwa 200 Verbindungsbüros multinationaler Konzerne, der zahlreichen nationalen Verbände und der etwa 250 kommerziellen Lobby-Agenturen zu kontrollieren (Zahlen bei Platzer 2002).

Der Einfluss von Interessengruppen auf den politischen Prozess wird dabei aber trotz der geballten Präsenz von Lobbyisten in Brüssel als eher begrenzt eingeschätzt. Europäische Interessengruppen leiden häufig daran, dass sie gegenläufige Interessen aus den einzelnen Mitgliedsstaaten aggregieren müssen und daher kein Verhandlungsmandat erarbeiten können. Strategisch überwiegen daher bei den Euro-Verbänden "Defensivmechanismen über die Grenzen hinweg", mit denen Zumutungen für die eine oder andere Gruppe abgewendet werden sollen. Das Gremium zur Abwehr von europäischen Gesetzesentwürfen ist allerdings der Rat, zu dem - bzw. zu dessen von nationalen Regierungen entsandten Akteuren - dann wieder nationale Verbände einen bevorzugten Zugang haben (Thesen bei Sturm/Pehle 2001: 118-137). Zu einer abgewogenen Einschätzung ist es daher im Bereich der Interessengruppen notwendig, neben der Empirie des EU-Lobbyismus dessen strukturelle Lagerung zu beachten.

Von einer weiteren traditionellen Instanz des Willensbildungsprozesses, den politischen Parteien, heißt es in einem Einführungsband zur EU: "Mit gesamteuropäischen Parteien hapert es in der EU" (Hartmann 2002: 148). Daraus darf jedoch nicht abgeleitet werden, dass Parteien im politischen Prozess der EU generell eine nachrangige Rolle spielen würden. Fast alle politischen Akteure in der EU, also auch die Vertreter im Ministerrat und in der Kommission, sind Parteipolitiker. Weiterhin sind Parteien in Wahlkämpfen - auch zum Europäischen Parlament - zentral, da sie für die Verbindung zwischen Bevölkerung und nationalstaatlichen wie supranationalen Institutionen stehen. Oft wird eingewendet, das Wahlverhalten bei Europawahlen sei häufig (auch) von starken innenpolitischen Motiven geprägt. Ungeachtet dessen müssen hinterher die Akteure im Parlament ein EU-bezogenes Programm entwickeln, mit dem sie sich später vor den Wählern, aber vor allem auch innerparteilich verantworten müssen. Deshalb entstehen trotz der vermeintlichen Vernachlässigung durch die Wähler einigermaßen strukturierte Europapolitiken der europäischen Parteien, und folglich werden sie auch als wichtigster Transmissionsriemen für das Verhältnis von *Inputs* und *Outputs* auf europäischer Ebene bezeichnet (Hix 1999: 168).

Die nächste Stufe im politischen Prozess nehmen im nationalen System die Kerninstitutionen - das Parlament, die Regierung, der Präsident etc. - ein. Im EU-System ist dies ähnlich, allerdings tauchen einige der Institutionen an ungewohnten Stellen auf. Vor allem ist zu beachten, dass manche Akteure in zwei Institutionen auftauchen. Das gilt für das Europäische Parlament, wo zwar nicht

---

<sup>4</sup> Siehe [http://europa.eu.int/comm/civil\\_society/connections/](http://europa.eu.int/comm/civil_society/connections/).

dieselben Akteure, aber i.d.R. doch dieselben Parteien wie in den nationalen Parlamenten sitzen. Von der Ebene der Nationalstaaten gehen (auf direktem und indirektem Wege) Forderungen an die EU-Ebene aus, an deren Formulierung die Parteien in den heimischen Parlamenten beteiligt sind. Zu einem späteren Zeitpunkt entscheiden sie dann im Parlament erneut diese Forderungen. Ähnlich ist es bei den Regierungen, die zum einen nationale Standpunkte entwickeln, diese dann aber im Ministerrat je nach Verhandlungslage abändern können und müssen. Die Kommission - neben dem Europaparlament und dem Rat die dritte Kerninstitution im täglichen Geschäft der EU - verfügt über eine Doppelfunktion, indem sie zugleich das entscheidende Organ zur Initiierung europäischer Gesetzgebung und "Wächterin der Verträge" ist. Bis mindestens zum Jahre 2014 verfügt jedes Mitgliedsland der EU über je einen Kommissar. Die Verteilung der Sitze und Stimmen im Parlament und im Rat können der Tabelle entnommen werden; sie folgt dem Prinzip der gemäßigten Überrepräsentierung kleiner und der gemäßigten Unterrepräsentierung großer Mitgliedsstaaten.

Tabelle: Zusammensetzung von Rat und Europäischem Parlament in der EU-25

Mitgliedsstaat	Bevölkerung		Stimmen im Rat		Abgeordnete im Europäischen Parlament	
	absolut	in %	absolut	In %	absolut	in %
Deutschland	82.2	18.23	29	9.03	99	13.52
Großbritannien	59.6	13.22	29	9.03	78	10.66
Frankreich	58.7	13.02	29	9.03	78	10.66
Italien	57.7	12.79	29	9.03	78	10.66
Spanien	39.4	8.74	27	8.41	54	7.38
Polen	38.7	8.58	27	8.41	54	7.38
Niederlande	15.9	3.53	13	4.05	27	3.69
Griechenland	10.5	2.33	12	3.74	24	3.28
Tschechien	10.3	2.28	12	3.74	24	3.28
Belgien	10.2	2.26	12	3.74	24	3.28
Portugal	10.0	2.22	12	3.74	24	3.28
Ungarn	10.0	2.22	12	3.74	24	3.28
Schweden	8.9	1.97	10	3.12	19	2.60
Österreich	8.1	1.80	10	3.12	18	2.46
Slowakei	5.4	1.20	7	2.18	14	1.91
Dänemark	5.3	1.18	7	2.18	14	1.91
Finnland	5.2	1.15	7	2.18	14	1.91
Irland	3.8	0.84	7	2.18	13	1.78
Litauen	3.7	0.82	7	2.18	13	1.78

Lettland	2.4	0.53	4	1.25	9	1.23
Slowenien	2.0	0.44	4	1.25	7	0.96
Estland	1.4	0.31	4	1.25	6	0.82
Zypern	0.8	0.18	4	1.25	6	0.82
Luxemburg	0.4	0.09	4	1.25	6	0.82
Malta	0.4	0.09	3	0.93	5	0.68
Summe EU-25	451.0	100.00	321	100.00	732	100.00

Quelle für Spalte 2: Maurer (2002: 354).

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) spielt bei der Überprüfung der Implementation der europäischen Gesetzgebung eine Rolle. Umgesetzt wird diese, da die EG/EU nicht über eine eigene Administration verfügt, über die Verwaltungen der Mitgliedsstaaten. Entspricht die Implementation nicht der ursprünglichen Intention, kann nach Erschöpfung der politischen Möglichkeiten auch der Rechtsweg beschritten werden, denn nach Art. 230 EGV "überwacht (der EuGH) die Rechtmäßigkeit der gemeinsamen Handlungen des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Handlungen des Rates, der Kommission und der EZB (...) mit Rechtswirkungen gegenüber Dritten." Weiterhin entscheidet der EuGH "im Wege der Vorabentscheidung über die Auslegung dieses Vertrags" (Art. 234 EGV). Mit diesen Instrumenten hat sich der EuGH zu einer der wichtigsten Integrationsinstanzen in der EG/EU entwickelt, indem er im Zweifelsfalle i.d.R. zugunsten einer gemeinschaftsfreundlichen Auslegung des EG-Rechts entschieden hat (vgl. Weiler 1994).

Bei alledem wird deutlich, dass das politische System einen "Mehrebenencharakter" hat. Ebenso wie das deutsche System nur verstanden werden kann, wenn Länder- und Bundesebene gleichermaßen beachtet werden, eröffnet sich ein vollständiger Blick auf das EU-System nur bei einer Betrachtung von Nationalstaaten und den Institutionen der EU. Da einige Nationalstaaten föderal aufgebaut sind und zudem die EU seit einigen Jahren die "Regionen" in ihren autonomen Handlungsspielräumen gestärkt hat, existieren also in der EU mindestens drei Ebenen. Hinzu kommen natürlich noch kommunale Zusammenhänge und die Einbettung der EU in das globale System. Die Ebenen lassen sich weder in der Theorie noch in der Praxis vollständig voneinander trennen, und deshalb wurde aus dem deutschen Föderalismus der Begriff der "Verflechtung" der Ebenen übernommen. Mit dem Begriff der "Politikverflechtung" ist allerdings nicht nur eine Zustandsbeschreibung verbunden, sondern auch eine Diagnose über ein zum kleinsten gemeinsamen Nenner tendierendes Entscheidungssystem, da keiner der wichtigen Akteure ohne die Kooperation der anderen eine autonome Entscheidung fällen kann. Trotz des qualifizierten Mehrheitsentscheids tendiert insbesondere der Rat zum Konsens; in den allermeisten Fällen wird solange

verhandelt, bis kein Regierungsmitglied mehr Einspruch erhebt (Hayes-Renshaw/Wallace 1997: 19).

Zusammengefasst weist das politische System der EU somit aus historischen Gründen hochkomplexe Züge auf. Damit Staaten mit einer eher souveränitätsorientierten Europa-Strategie sich zu den sukzessiven Integrationsschritten entschließen konnten, wurden institutionelle Vorkehrungen gegen die Überstimmung struktureller Minderheiten getroffen. Eine bedenkenswerte Konsequenz des Legitimitäts-erhaltenden Konsenssystems besteht in einer Tendenz zur Ineffizienz, weil auch bei solchen Problemen, die in der Sache eine supranationale Lösung erfordern, eine nicht konsenswillige Regierung de facto ein Veto einlegen kann. Legitimität und Effizienz sind auch auf europäischer Ebene politische Ziele, die nicht ohne weiteres gleichzeitig erreicht werden können (Scharpf 1985; Benz 2003).

So gesehen ist also die Leistungsfähigkeit des europäischen politischen Systems - die Fähigkeit zur Erbringung von *Outputs* und *Outcomes*, die den Erwartungen der Bevölkerung(en) entsprechen - auf der Effizienzseite deutlich eingeschränkt. Allerdings finden sich in der Politikwissenschaft einige Ansätze, die dieses Defizit aus demokratietheoretischer Sicht auch positiv qualifizieren. Ein solcher Ansatz, der von Arend Lijphart entworfene *Consociationalism*, wurde im Abschnitt zu den Theorien bereits vorgestellt. Demnach erscheint es verfehlt, allein die negativen Seiten der Hyperkomplexität zu sehen und die vermeintlich geringe Effizienz nur auf die stets drohende Blockademacht einzelner Akteure zu beziehen. Auf der Habenseite war und ist das Entscheidungssystem der EU in der Lage, die Legitimität der Akteure in den EU-Institutionen zu sichern. Wenn man beispielsweise an die regelmäßige Missachtung des UNO-Sicherheitsrates durch nationalstaatliche Regierungen denkt, ist die Leistungsbilanz des politischen Systems der EU durchaus beachtenswert.

#### **4 Herausforderungen an die EU-Forschung**

Die wichtigsten Herausforderungen an die EU-Forschung liegen auf der einen Seite innerhalb der in diesem Text hervorgehobenen Paradigmen, auf der anderen Seite jedoch in Bereichen, die jenseits der Paradigmen anzusiedeln oder an Schnittstellen zu finden sind.

Die Theorien der Integration (Abschnitt 2.1) sind sicherlich dem Bereich zuzurechnen, in dem die meiste EU-Forschung stattfindet und in dem die verschiedenen Ansätze einen bemerkenswerten Grad an Reife gewonnen haben. Nur wenige der skizzierten Gedankengebäude schließen einander aus, vielmehr lebt die Praxis der theoretisch inspirierten EU-Forschung vom Methodenpluralismus,

in dem das Verwenden verschiedener Ansätze eher als Tugend angesehen wird; unterschiedliche Fragestellungen und Problemlagen erfordern eben die Verwendung unterschiedlicher Ansätze. Insofern bestehen die Herausforderungen vor allem in der immer neuen Reaktion auf die Dynamik der europäischen Integration selbst, wobei eine der wichtigsten Fragen der Theorieentwicklung stets diejenige ist, ob anderswo entwickelte Modelle und Theorien auf die EU übertragen, oder ob für das Gebilde *sui generis* auch Modelle und Theorien *sui generis* entwickelt werden.

Im Bereich der Forschung zu den nationalstaatlichen Impulsen auf die europäische Ebene - oben in Abschnitt 2.2 mit "Europa-Strategien" titulierte - lassen sich dagegen Leerstellen ausmachen. Gewiss, in einer Reihe von Einführungsbüchern werden Strategien der Nationalstaaten im Hinblick auf die europäische Integration thematisiert und mehr oder minder systematisch dargestellt; insofern handelt es sich nicht um ein gänzlich unbeackertes Feld. Insgesamt besteht jedoch über die Mechanismen der Entwicklung von Europa-Strategien ein ebenso geringes systematisches Wissen wie über die Transmission der Europa-Strategien im Parallelogramm der EG/EU-Institutionen. Zwar kann der interessierte Leser etwas über die Positionierung der einzelnen Institutionen des bundesdeutschen Systems im Hinblick auf die europäische Ebene erfahren (Sturm/Pehle 2001); äquivalente Aufsätze und Monographien existieren auch für andere EU-Mitgliedsländer. Geht es jedoch dabei in den einzelnen Ländern (immer noch?) um das Verfolgen eines nationalen Interesses, oder orientieren sich die Akteure aus den einzelnen Mitgliedsstaaten eher aneinander bei der Verfolgung eines gemeinsamen europäischen Wohls? Setzen sich in erster Linie die ressourcenreichen großen Mitgliedsstaaten mit ihren Europa-Strategien durch, oder haben manche kleine Länder tatsächlich ein überproportionales Gewicht? Noch weiter: Ist die Metapher eines Kräfteparallelogramms überhaupt gerechtfertigt, oder transformieren die Brüsseler Institutionen die nationalen *Inputs* nicht systematisch in einem gemeinschaftlichen Sinne? Auf all diese - wie ich meine: zentralen - Fragen liegen in der EU-Forschung derzeit höchstens bruchstückhafte Antworten vor.

Noch dünner sieht es im nächsten vorgestellten Bereich, der Europäisierungsperspektive (Abschnitt 2.3) aus. Trotz des Erscheinens der oben zitierten Werke von Cowles/Caporaso/Risse (2001) und Goetz/Hix (2000) steckt das gesamte Forschungsgebiet noch in den Kinderschuhen (Buller 2003: 528). Das schlägt sich auch darin nieder, dass die wenigen Publikationen mit einigermaßen systematischem Anspruch zu unterschiedlichen Diagnosen kommen, was den Charakter von Europäisierung angeht. Während Cowles/Caporaso/Risse die Europäisierung bei großen Differenzen zwischen einem konkreten nationalen und dem europäischen System für wahrscheinlicher halten, gehen andere Publi-

kationen eher von einem Europäisierungsschub im Falle der Ähnlichkeit administrativer und politischer Systeme (ebd.: 533) aus. Da sich Europäisierung angesichts der Zerklüftung der europäischen Verträge nicht sehr gut pauschal beobachten lässt, scheinen im Bereich der Europäisierungsperspektive noch sehr viele Fragen im Hinblick auf einzelne Politikfelder, aber auch im Hinblick auf Vergleiche zwischen Politikfeldern unbeantwortet zu sein.

Es wurde angedeutet, dass das Paradigma des politischen Systems (Abschnitt 3) zwar in jüngerer Zeit häufiger für die Analyse der EU verwendet wurde, dass es sich aber dennoch um eine vergleichsweise wenig etablierte Sichtweise handelt. Deswegen sind Forschungslücken wenig überraschend. Sie verteilen sich aber nicht gleichmäßig über die Instanzen des Policy-Zyklus. Auf der *Input*-Seite des Systems wurde und wird die politische Kultur der europäischen Bevölkerung(en) recht intensiv erforscht. Auf der anderen Seite klaffen bei einigen der wichtigsten EU-Institutionen empfindliche Lücken. Monographien oder monographieähnliche Sammelbände etwa zum Ministerrat, zum Europäischen Parlament oder zur Europäischen Kommission existieren nur auf Englisch und auch dort nicht in wirklicher Fülle (Hayes-Renshaw/Wallace 1997; Corbett/Jacobs/Shackleton 2000; Nugent 2001).

Insofern kann trotz einer numerisch großen Zahl an EU-Forschern keineswegs die Rede davon sein, dass das europäische politische System auch nur annähernd so dicht durchleuchtet sei wie i.d.R. die nationalen Systeme. Zu einem Teil hat dies wissenschaftsorganisatorische Gründe. Da sich die EU-Forschung zunächst als Wurmfortsatz der Internationalen Beziehungen entwickelte, standen bei einer Vielzahl von Forschern nicht institutionelle Fragen, sondern solche der Dynamik und des Verhältnisses von Nationalstaat und internationaler Organisation im Vordergrund. Außerdem gilt innerhalb der Politikwissenschaft die Lehre von den Internationalen Beziehungen als besonders theorie- und methodengeleitete Teildisziplin, so dass für viele Europawissenschaftler die Verfassung eher empirisch ausgerichteter Studien karrieretechnisch nicht attraktiv ist.

Es gibt aber noch einen weiteren wichtigen Grund. In nationalen Systemen ebenso wie in Straßburg, Luxemburg oder Brüssel tagen viele Gremien hinter verschlossenen Türen; dies ist auch notwendig, um einzelnen Akteuren Verhandlungsspielraum zu gewähren. In nationalen Systemen existiert allerdings i.d.R. eine politische Öffentlichkeit, in der Massenmedien und die Zivilgesellschaft relevante Themen aufgreifen und so eine wichtige Informationsfunktion übernehmen. In der EU ist die Öffentlichkeit dagegen stark unterentwickelt; manche sagen sogar: prinzipiell nicht entwicklungsfähig (vgl. nochmals Kielmannsegg 2003). Dadurch erfordert die Untersuchung der EU-Kerninstitutionen ein extrem hohes Maß an Aufmerksamkeit, welches Wissenschaftler ohne Sitz in einer der EU-Hauptstädte Straßburg oder Brüssel nur in Ausnahmefällen aufbringen kön-

nen. Die Erforschung von Parlament, Kommission und Rat erfordert das Maß an persönlicher Nähe, das in nationalen Systemen durch die politische Öffentlichkeit kompensiert werden kann.

Abschließend sollen noch zwei Herausforderungen genannt werden, die sich nicht ohne weiteres einem der Abschnitte oder Unterabschnitte des vorliegenden Textes zuordnen lassen, da sie übergreifenden Charakter haben. Die erste Herausforderung besteht im Status des Demokratiebegriffs in der EU-Wissenschaft. In der Öffentlichkeit, aber auch in der Wissenschaft hat sich die Einsicht durchgesetzt, der EU haften ein Demokratiedefizit an. Ein Problem besteht aber nun darin, dass nicht zuletzt in der Politikwissenschaft die gesellschaftlichen Haltungen und Einstellungen zum Prozess der Integration und zum politischen System der EU diskursiv gesetzt werden. Die dauernde Rede vom Demokratiedefizit und verschiedenen Dilemmata ist wenig dazu geeignet, im Zusammenhang mit den stark abnehmenden Zustimmungsraten zur EU (Hrbek 2002) ein positiveres Bild zu entwickeln. Nicht nur Legitimität und Effizienz stehen also in einem Spannungsverhältnis, sondern auch die diagnostizierende Beschreibung und der normative Anspruch der "demokratiewissenschaftlichen" Politikwissenschaft, wie sie z.B. in der frühen Bundesrepublik Deutschland betrieben wurde. Bei einem mit gutem Grund historisch zu nennenden Prozess wie der Überwindung von Gewalt und Krieg auf dem europäischen Kontinent können sich Politologen nicht immer so deutlich von der normativen Ebene trennen, wie dies nach den anerkannten Standards der Sozialwissenschaft allgemein üblich ist. Indem sich also der *mainstream* der Europawissenschaft von normativen Fragen wegbewegt hat, ist damit gleichzeitig eine früher - z.B. bei Haas oder den Föderalisten - legitimitätsgebende Stütze des europäischen Einigungsprozesses brüchig geworden.

Zuletzt ist die globale Einbettung des europäischen Einigungsprozesses zu bedenken. Er ist heute nicht mehr allein als Projekt zur Überwindung des latenten Kriegszustandes in Europa zu verstehen. Vielmehr muss die Integration im Rahmen von internationalen Verflechtungen verstanden werden, die auch in vergangenen Zeiten schon stattgefunden haben (Osterhammel/Peterson 2003). In der besten gegenwärtig vorliegenden Einführung in die Theorie der europäischen Integration ist deswegen bemerkt worden, die theoretische Debatte müsse sich zukünftig verstärkt um Verbindungen der Integrationstheorie zu den Theorien der Internationalen Beziehungen bemühen (Rosamond 2000: 157-185). Gleichzeitig läuft in Europa jedoch ein Prozess der Regionalisierung ab, in dem das in den EU-Vertrag aufgenommene Prinzip der Subsidiarität wenigstens teilweise verwirklicht wird. Die "Verschiebung der Loyalitäten auf ein neues Zentrum" (Ernst Haas) sowie die Herausbildung eines europäischen Systems der politischen Entscheidungsfindung haben also Implikationen für das althergebrachte

Demokratiemodell auf nationaler Ebene sowie für die Strukturierung der Internationalen Beziehungen. In gewisser Weise ist daher für die Zukunft eine Rückkehr der Integrationsforschung zu ihren Wurzeln angesagt. Gleichzeitig kann die internationale Perspektive jedoch nur dann zu produktiven Einsichten führen, wenn nationale und sub-nationale Ebene mitberücksichtigt werden und damit zusätzlich Ansätze und Theorien der Vergleichenden Politikwissenschaft mit einem Bewusstsein für die sozialen, strukturellen und regionalen Differenzen in der erweiterten EU verbunden werden.

## 5 Literatur

- Almond, Gabriel / Verba, Sidney, 1963: *The Civic Culture*. Newsbury Park: Sage.
- Anderson, James E., 2000: *Public Policymaking*. Fourth Edition. Boston: Houghton Mifflin.
- Anderson, Karen, 2001: Sweden: Retreat from Exceptionalism. In: Eleanor E. Zeff / Ellen B. Pirro (Hrsg.): *The European Union and the Member States*. Boulder: Lynne Rienner, S. 285-304.
- Beichelt, Timm, 2004: *Die EU nach der Osterweiterung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Benz, Arthur, 2003: Mehrebenenverflechtung in der Europäischen Union. In: Markus Jachtenfuchs / Beate Kohler-Koch (Hrsg.): *Europäische Integration*. Opladen: Leske+Budrich, S. 317-351.
- Börzel, Tanja A., 2003: How the European Union Interacts with its Member States. Wien: Institut für Höhere Studien (IHS), Reihe Politikwissenschaft, Nr. 93.
- Börzel, Tanja A. / Risse, Thomas, 2005: Conceptualizing the Domestic Impact of Europe. In: Keith Featherstone / Claudio Radaelli (Hrsg.): *The Politics of Europeanisation*. Oxford: Oxford University Press, S. 57-80.
- Buller, Jim, 2003: The Europeanization of National Politics? In: *Government and Opposition*, vol. 38, S. 528-535.
- Bulmer, Simon J., 1994: The Governance of the European Union: A New Institutional Approach. In: *Journal of Public Policy*, vol. 13, no. 4, S. 351-380.
- Chirac, Jacques / Schröder, Gerhard, 2003: Deutsch-französischer Beitrag zum Europäischen Konvent über die institutionelle Architektur der Union. Brüssel: CONV 489/03 CONTRIBUT 192 (abgedruckt in Heinz Klegler (Hrsg.), 2004: *Der Konvent als Labor*. Münster: Lit-Verlag, S. 733-740).
- Christiansen, Thomas / Jørgensen, Erik / Wiener, Antje (Hrsg.), 2001: *The Social Construction of Europe*. London: Sage.
- Chrysochoou, Dimitris, 2001: *Theorizing European Integration*. London: Sage Publishers.
- Corbett, Richard / Jacobs, Francis / Shackleton, Michael, 2000: *The European Parliament*. Fourth Edition. London: John Harper.



- Cowles, Maria G. / Caporaso, James A. / Risse, Thomas (Hrsg.), 2001: Transforming Europe. Europeanization and Domestic Political Change. Ithaca: Cornell University Press.
- Dardenne, Emmanuelle, 1999: entre réalités et idéalisme européens: le compromis belge. In: Pascal Delwit / Jean-Michel De Waele / Paul Magnette (Hrsg.): Gouverner la Belgique. Clivages et compromis dans une société complexe. Paris: Presses Universitaires de France, S. 275-305.
- de Gaulle, Charles, 2001: Europe. In: Ronald Tiersky (Hrsg.): Europskepticism. A reader. Lanham: Rowman&Littlefield, S. 7-34.
- Delhey, Jan, 2004: Nationales und transnationales Vertrauen in der Europäischen Union. In: Leviathan, vol. 32, no. 1, S. 15-45.
- Deutsch, Karl, 1953: Nationalism and social communication. Cambridge, Mass: Technology Press of the MIT.
- Deutsch, Karl, 1992: Nationenbildung - Nationalstaat - Integration. Düsseldorf.
- Diez, Thomas, 1999: Die EU lesen. Diskursive Knotenpunkte in der britischen Europadebatte. Opladen: Leske+Budrich.
- Easton, David, 1965: A Systems Analysis of Political Life. New York: John Wiley & Sons.
- Finnegan, Richard B., 2001: Ireland: Brussels and the Celtic Tiger. In: Eleanor E. Zeff / Ellen B. Pirro (Hrsg.): The European Union and the Member States. Cooperation, Coordination, and Compromise. Boulder: Lynne Rienner, S. 175-190.
- Fuchs, Dieter, 2003: Das Demokratiedefizit der Europäischen Union und die politische Integration Europas: Eine Analyse der Einstellungen der Bürger in Westeuropa. In: Frank Brettschneider / Jan van Deth / Edeltraud Roller (Hrsg.): Europäische Integration in der öffentlichen Meinung. Opladen: Leske+Budrich, S. 29-56.
- Gabriel, Oscar W., 1994: Politische Einstellungen und politische Kultur. In: Oscar W. Gabriel / Frank Brettschneider (Hrsg.): Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 96-133.
- Goetz, Klaus H. / Hix, Simon (Hrsg.), 2000: Europeanised Politics? European Integration and National Political Systems. London: Cass.
- Haas, Ernst B., 1968: The Uniting of Europe. Political, Social and Economic Forces. 1950-1957. Stanford: Stanford University Press.
- Hartmann, Jürgen, 2002: Das politische System der Europäischen Union. Eine Einführung. Frankfurt: Campus.
- Hayes-Renshaw, Fiona / Wallace, Helen, 1997: The Council of Ministers. New York: St. Martin's Press.
- Hix, Simon, 1994: The Study of the European Community: The Challenge to Comparative Politics. In: West European Politics, vol. 17, no. 1, S. 1-30.
- Hix, Simon, 1999: The Political System of the European Union. New York: St. Martin's Press.
- Hölscheidt, Sven, 2001: Verfahren der Umsetzung des Gemeinschaftsrechts in den Mitgliedsstaaten. In: Siegfried Magiera / Karl-Peter Sommermann (Hrsg.): Verwaltung und Governance im Mehrebenensystem der Europäischen Union. Berlin: Duncker&Humblot, S. 55-74.

- Hrbek, Rudolf, 2002: Europa. In: Martin Greiffenhagen / Sylvia Greiffenhagen (Hrsg.): Handwörterbuch zur Politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland. 2. Auflage. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 110-114.
- Hübner, Emil / Münch, Ursula, 1998: Das politische System Großbritanniens. Eine Einführung. München: Beck.
- Kant, Immanuel, 1984: Zum Ewigen Frieden. Mit Texten zur Rezeption 1796-1800. Leipzig: Reclam.
- Kielmannsegg, Peter Graf, 1996: Integration und Demokratie. In: Markus Jachtenfuchs / Beate Kohler-Koch (Hrsg.): Europäische Integration. Opladen: Leske+Budrich, S. 47-72.
- Kielmannsegg, Peter Graf, 2003: Integration und Demokratie (mit Nachwort zur 2. Auflage). In: Markus Jachtenfuchs / Beate Kohler-Koch (Hrsg.): Europäische Integration. Opladen: Leske+Budrich, S. 49-83.
- Kilper, Heiderose / Lhotta, Roland, 1996: Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Leske+Budrich.
- Kohler-Koch, Beate / Conzelmann, Thomas / Knodt, Michèle, 2004: Europäische Integration - Europäisches Regieren. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lindberg, Leon / Scheingold, Stuart, 1970: Europe's Would-Be Polity: Patterns of Change in the European Community. Englewood Cliffs: Prentice Hall.
- List, Martin / Behrens, Maria / Reichard, Wolfgang u.a., 1995: Internationale Politik. Probleme und Grundbegriffe. Opladen: Leske+Budrich.
- Markou, Christos / Nakos, George / Zahariadis, Nikolaos, 2001: Greece: A European Paradox. In: Eleanor E. Zeff / Ellen B. Pirro (Hrsg.): The European Union and the Member States. Cooperation, Coordination, and Compromise. Boulder: Lynne Rienner, S. 217-233.
- Maurer, Andreas, 2002: Vertrag von Nizza. In: Werner Weidenfeld / Wolfgang Wessels (Hrsg.): Europa von A bis Z. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 351-356.
- McCormick, James, 2001: Policy Performance in the European Union. In: Eleanor E. Zeff / Ellen B. Pirro (Hrsg.): The European Union and the Member States. Cooperation, Coordination, and Compromise. Boulder: Lynne Rienner, S. 7-26.
- Metcalfe, Les, 1992: After 1992: Can the Commission Manage Europe? In: Australian Journal of Public Administration, vol. 51, no. 1, S. 117-130.
- Mitrany, David, 1943: A Working Peace System. London: Royal Institute of International Affairs.
- Moravcsik, Andrew, 1991: Negotiating the Single European Act: National Interests and Conventional Statecraft in the European Community. In: International Organisation, vol. 45, no. 1, S. 19-56.
- Morgenthau, Hans Joachim, 1948: Politics among nations. The struggle for power and peace. New York: Knopf.
- North, Douglass C., 1992: Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung. Tübingen: Mohr.
- Nugent, Neill, 2001: The European Commission. Houndmills: PALGRAVE.
- Osterhammel, Jürgen / Peterson, Niels P., 2003: Geschichte der Globalisierung. Dimensionen - Prozesse - Epochen. München: Beck.

- Pappi, Franz U. / Henning, Christian H.C.A., 2003: Die Logik des Entscheidens im EU-System. In: Markus Jachtenfuchs / Beate Kohler-Koch (Hrsg.): Europäische Integration. Opladen: Leske+Budrich, S. 287-315.
- Peters, B. Guy, 2000: The Commission and Implementation in the EU: Is There an Implementation Deficit and Why? In: Neill Nugent (Hrsg.): At The Heart of the Union. Studies of the European Commission. New York: St. Martin's Press, S. 190-205.
- Platzer, Hans-Wolfgang, 2002: Interessenverbände und europäischer Lobbyismus. In: Werner Weidenfeld (Hrsg.): Europa Handbuch. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 409-422.
- Plessen, Marie-Louise (Hrsg.), 2003: Idee Europa. Entwürfe zum "Ewigen Frieden". Berlin: Deutsches Historisches Museum.
- Prate, Alain, 1993: La Ve République et l'Europe. In: Dominique Chagnollaud (Hrsg.): La vie politique en France. Paris: Éditions du Seuil, S. 199-220.
- Rasmussen, Hjalte / Hoekkerup, Nick, 2000: Denmark. In: Desmond Dinan (Hrsg.): Encyclopedia of the European Union. Colorado: Lynne Rienner Publishers, S. 134-137.
- Risse, Thomas, 2001: A European Identity? Europeanization and the Evolution of Nation-State Identities. In: Maria Green Cowles / James Caporaso / Thomas Risse (Hrsg.): Transforming Europe. Europeanization and Domestic Change. Ithaca/London: Cornell University Press, S. 198-216.
- Rosamond, Ben, 2000: Theories of European Integration. Houndsmills: MacMillan.
- Rosenau, James N. / Czempiel, Ernst-Otto (Hrsg.), 1992: Governance without Government: Order and Change in World Politics. Cambridge: Cambridge University Press.
- Ruggie, John G., 1998: Constructing the World Polity. Essays on International Institutionalization. London/New York: Routledge.
- Scharpf, Fritz W., 1985: Die Politikverflechtungsfalle. In: Politische Vierteljahresschrift, vol. 26, no. 4, S. 323-356.
- Scharpf, Fritz W., 1999: Regieren in Europa: effektiv und demokratisch? Frankfurt/Main: Campus.
- Schmidt, Manfred G., 1995: Wörterbuch zur Politik. Stuttgart: Kröner.
- Schmidt, Manfred G., 2000: Demokratietheorie. 3. Auflage. Opladen: Leske + Budrich.
- Schmidt, Siegmund, 2002: Die Europäische Union in der Vergleichenden Politikwissenschaft. In: Hans-Joachim Lauth (Hrsg.): Vergleichende Regierungslehre. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 156-180.
- Spinelli, Altiero, 1972 (1957): The Growth of the European Movement since the Second World War. In: Michael Hodges (Hrsg.): European Integration. Harmondsworth: Penguin, S. 43-68.
- Sturm, Roland / Pehle, Heinrich, 2001: Das neue deutsche Regierungssystem. Opladen: Leske+Budrich.
- Wallace, Helen, 1972: The Impact of the European Communities on National Policy-Making. In: Michael Hodges (Hrsg.): European Integration. Harmondsworth: Penguin, S. 285-303.
- Waltz, Kenneth N., 1979: Theory of International Politics. New York: McGraw Hill.

Weiler, Joseph H.H., 1994: A Quiet Revolution. The European Court of Justice and its Interlocutors. In: *Comparative Political Studies*, vol. 26, S. 510-534.